

Frieden

Abrüstung

Demokratie

Weg mit den Berufsverboten



"UNSER GRUNDGESETZ IST EIN GROBES ANGEBOT. ZUM ERSTENMAL IN UNSERER GESCHICHTE WILL ES IN EINEM FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN UND SOZIALEN RECHTSSTAAT DER WÜRDE DES MENSCHEN GELTUNG VERSCHAFFEN. IN IHM IST PLATZ FÜR EINE VIELFALT DER MEINUNGEN, DIE ES IN OFFENER DISKUSSION ZU KLÄREN GILT. UNS IN DIESEM GRUNDGESETZ ZUSAMMENZUFINDEN UND SEINE AUSSAGEN ALS LEBENSFORM ZU VERWIRKLICHEN, IST DIE GEMEINSAME AUFGABE."

Gustav Heinemann 1968

Eine Dokumentation des Komitees gegen Berufsverbote
V.i.S.d.P. H.-J. Nagel Postfach 110868 6300 Giessen
März 1984

12 Jahre Berufsverbote - Fakten - Zahlen -

1. In der Regierungserklärung Bundeskanzler Kohls vom Oktober 1982 wurde angekündigt, daß Bundesinnenminister Zimmermann eine Übersicht im Frühjahr 1983 vorlegen sollte, wie es mit der Berufsverbotepraxis in Bund und Ländern stünde. Das ist bis heute nicht geschehen. Offensichtlich hat die Bundesregierung davon Abstand genommen, die Übersicht zu veröffentlichen. Getreu der Ankündigung Kohls, "entsprechend der Entwicklung das Nötige (zu) beschließen und (zu) tun", hat man einen pragmatischen Weg gewählt. Nachdem man es in der Militärpolitik mit einer breiten Friedensbewegung und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit aktiver werdenden Gewerkschaften zu tun hat, will man auf innenpolitischem Feld wohl keine schlafenden Hunde wecken und hält die Übersicht unter der Decke. Die neue Bundesregierung verfährt aus Furcht vor der Protestbewegung hier ähnlich wie ihre Vorgängerin: Der Bericht der Innenministerkonferenz über Berufsverbote in der BRD vom 2. 2. 1979 ist bis heute nicht veröffentlicht.

2. Da von offizieller Seite Ausmaß und Umfang verschleiert werden, haben wir alle verfügbaren Zahlen zusammengetragen und - in der Spalte "nach unseren Erkenntnissen" - durch örtlich detaillierte Angaben, Auswertung von Betroffenenlisten, Dokumentationen und Angaben von Anwälten ergänzt.

Es muß demnach von 6,4 Millionen nachgewiesenen Überprüfungen ausgegangen werden und von 6.779 Berufsverbotsmaßnahmen sowie über 18,5 Millionen Bundesbürgern, die in politisch motivierten Dateien gespeichert sind. Es gibt gegen 1.822 Beschuldigte z.Zt. Massenprozesse.

3. Unter die Berufsverbotemaßnahmen fallen Diskriminierungen aus politischen Gründen wie:

- a) verweigerte oder verzögerte Einstellung von fertig ausgebildeten Bewerbern in den öffentlichen Dienst;
- b) verweigerte oder verzögerte Einstellung an die Referendaraus- bildung (vor allem bei Lehrern und Juristen) sowie in Praktika bei öffentlichen Einrichtungen (z.B. bei Sozialpädagogen);
- c) Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst (Arbeiter, Angestellte, Beamte);
- d) Vorladungen zu sogenannten "Anhörungen", wenn beim Verfassungsschutz "Erkenntnisse" vorliegen (Bewerber oder Angehörige des öffentlichen Dienstes, die zur Verbeamtung oder Beförderung anstehen) oder zu Sicherheitsüberprüfungen.

4. Mit diesen Zahlen wird nur die erhebliche quantitative Seite erfaßt. Darüber hinaus muß aber erwähnt werden, daß das wirkliche Ausmaß an Schnüffelei, das durch die Berufsverbotepraxis erst hervorge- rufen wird, erheblich größer ist. So wurden aus Bayern und NRW Tätigkeiten des Verfassungsschutzes an Schulen bekannt. Der Bundes- grenzschutz gibt Erkenntnisse bei der Observierung von 239 Organi- sationen und 287 Zeitungen und Zeitschriften weiter, die allesamt in den Computern des Verfassungsschutzes landen. Bibliotheken im ganzen Bundesgebiet, Lehrlinge in Rheinland-Pfalz und Betriebsräte im ganzen Bundesgebiet werden überprüft. Außerhalb des öffentlichen Dienstes werden Arbeitnehmer bei Betrieben und Kaufhäusern über- prüft, wie inzwischen bekannt wurde. (Brief Innenminister Baums, vgl. Südwestpresse v. 24. 11. 1978)

Aus Baden-Württemberg wurde bekannt, daß serienweise Hotelmelde- zettel überprüft werden, von den jüngst bekannt gewordenen Schnüffelei- en des MAD ganz zu schweigen. Es muß betont werden, daß diese ganzen Zahlen nur die bekannt gewordene Seite der Schnüffelpraxis sind.

5. Nach wie vor trifft die Berufsverbotepraxis alle Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes, bei Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden, bei Bundesbahn, Bundespost, der Bundesarbeitsverwaltung, dem Zoll, der Bundeswehr. Dort gibt es in letzter Zeit eine starke Zunahme von rund 140 Maßnahmen, darunter gegen Beamte, die 28 Jahre bei Bahn, Post, Zoll ihren Dienst versehen haben. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor im Schulbereich, bei Sozialpädagogen, Juristen und im Gesundheitswesen. An den Hochschulen wurde die Überprüfung wissenschaftlicher Hilfskräfte ausgeweitet. In letzter Zeit nehmen die Berufsverbote in den Kommunen erheblich zu. Vor allem seit 1981 haben Disziplinarverfahren erheblich zugenommen.

6. Im gleichen Maße nimmt aber der Anteil derjenigen zu, die durch Gerichtsbeschluss oder nach öffentlichen Protesten doch eingestellt oder verbeamtet werden mußten. Zweifellos ein Erfolg der in- und ausländischen Protestbewegung.

7. Ausbildungsverbote gibt es nur noch in den CDU-regierten Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz. Im Saarland gibt es praktisch keine Berufsverbote. In Hessen sollen sie in Zukunft - Ergebnis der Verhandlungen zwischen Grünen und SPD - nicht mehr vorkommen, die sogenannten Altfälle sollen bereinigt werden. In Bremen sind bis auf 3, in Hamburg bis auf ebenfalls 3, alle "Fälle" praktisch erledigt. Es laufen nur einige neue Vorermittlungen für Disziplinarverfahren.

8. Berufsverbotezahlen im einzelnen - nach offiziellen Angaben (nur bis 1982)

Land	Überprüfungen	Erkenntnisse	Anhörungen	Ablehnungen/Verzögerungen	Entlassungen	Zeitraum	Disziplinarmaßnahmen n. unseren Erkenntnissen	gesamte Berufsverbote Maßnahmen
Baden-Württ.	229.945 ¹⁾	1.300 ¹⁾		213 ¹⁾	48	10/73-5/78	698	1.750
Bayern	186.111 ¹⁵⁾	1.940 ¹⁵⁾		180 ⁴⁾		ab 1.4. 1973		1.500
Schl.-Holst.	50.218 ⁵⁾	340 ⁵⁾		24 ⁵⁾	8 ⁵⁾	1/72-77	635	955
Bremen	21.100 ⁶⁾	461 ⁶⁾		20 ⁶⁾		1/72-3/76 2/77-12/77		60
Hamburg	90.600 ⁷⁾	225 ⁷⁾		153 ⁸⁾		2/77-9/78	10	170
Hessen	50.000 ¹⁾	970 ⁹⁾		53 ⁹⁾	29	1972-76	45 ¹⁰⁾	220
Niedersachs.	62.458 ¹⁾	4.900 ¹¹⁾	649	129 ¹¹⁾		7/72-1/81	128	980
NRW	239.743 ¹⁾	5.207 ¹⁾		91 ¹⁾		1975-77	125	600
Saarland	15.218 ¹⁵⁾	34 ¹⁵⁾	1			bis 1987		1
Rh.-Pfalz	61.275 ¹⁾	505 ¹⁾		71 ¹⁾		1/72-1/77	6 ¹¹⁾	110
Bundesbehörden	145.000 ¹⁴⁾ 30.465 33.535 29.176	445 ⁹⁾		5 ¹⁴⁾		1976-77 1975 1974 1973	243	343
BuWehr	207.014	3.148 ¹⁷⁾						
durch MAD	357.200							
Sich.-Überprüf.	830.00 ¹⁸⁾							

Quellen:

- 1) GEW-Umfrage 8.10.78
- 2) Stuttg. Nachr. 6.6.78
- 3) Südd. Zt. 25.1.79
- 4) GEW-Bayern 24.1.78
- 5) Kieler Nachr. 30.5.78
- 6) GEW u. div. Presse 8.10.78
- 7) GEW 8.10.78

- 8) GEW Hmbg. b. 1979
- 9) Gesinnungsüberprüfung 1978, S. 252
- 10) nur Marburg
- 11) Hann. Allg. 25.10.78
- 12) Innenminister 30.1.81
- 13) Saabr. Zt. 9.9.78
- 14) Südd. Zt. 15.1.79
- 15) Verfassungssch. Ber. 1980, S. 123
- 16) FAZ 1.2.84
- 17) MAD-Jahresber. 1992
- 18) nur bis 1968 (s. 12. u. 13.)

6.779

Ist dieser Mann ein Sicherheitsrisiko?



Seit elf Jahren wollen ihn die jeweiligen Bundesregierungen auf die Straße werfen, weil sie ihn zum „Sicherheitsrisiko im Krisen- und Spannungsfall“ abgestempelt haben! Im November 1982 hat ihn das Bundesdisziplinargericht freigesprochen, weil es ihn nicht für einen „Verfassungsfeind“, sondern für einen überzeugten Demokraten hält!

Es geht um den Kommunisten Hans Meister (41 J., verheiratet, 2 Kinder), der in Stuttgart seit fast 25 Jahren untadelig als Technischer Fernmeldeamtmann bei der Post seinen Dienst versieht. Die Bundesregierung hatte bereits 1977 gegen ihn erste disziplinarische Untersuchungen eingeleitet — damals in der Verantwortung des Ministers Gscheidle (SPD). Dem Postbeamten wurden seine Mitgliedschaft in der DKP, Funktionen in der DKP

und Kandidaturen zu verschiedenen parlamentarischen Wahlen vorgeworfen. Die Verfassung der Bundesrepublik garantiert aber allen Bürgern Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3), Meinungsfreiheit (Art. 5), gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt (Art. 33) — Grundrechte, die nicht angetastet werden dürfen. Für H. Meister aber sollen sie nicht gelten. Er wird kurzerhand zum „Sicherheitsrisiko“ abgestempelt und soll auf die Straße geworfen werden; obwohl seine dienstliche Tätigkeit als „sehr gut und über dem Durchschnitt liegend“ beurteilt wird.

Im November 1982 hat jedoch das Bundesdisziplinargericht Hans Meister freigesprochen. Das Gericht sah in ihm weder ein „Sicherheitsrisiko“ noch einen „Verfassungsfeind“. Es war der Ansicht, es müsse dem Kommunisten

H. Meister unbenommen bleiben, „für sich selbst in der DKP diejenige Gruppe zu sehen, innerhalb derer er seine optimale Vorstellung einer politischen Ordnung glaubt durchsetzen zu können“. — Eine demokratische Selbstverständlichkeit.

Wer ist das Sicherheitsrisiko?

Aber die Bundesregierung, inzwischen zur Rechtskoalition gewendet, legte gegen diesen Freispruch Berufung beim Bundesverwaltungsgericht ein. Der wegen seiner Verkabelungspolitik „Verknebelungsminister“ genannte Postminister Schwarz-Schilling diffamiert den Beamten Hans Meister weiterhin als „Sicherheitsrisiko“, ebenso wie seine Kabinettskollegen die Friedensbewegung.

Hans Meister aber ist seit 20 Jahren für den Frieden aktiv: als Kriegsdienstverweigerer, als Ostermarschierer der 60er Jahre und heute gegen Pershing II und Cruise-Missiles und als Gewerkschafter. Er ist weit weniger ein Risiko für die Sicherheit und die Verfassung der Bundesrepublik als eine Regierung, die das Land zur Abschubrampe von Atomraketen macht und den Protest dagegen mit der Einschränkung des Demonstrationsrechtes ersticken will.

Hans Meister muß Beamter bei der Post bleiben.

Hans Meister hat am 8. / 9. Mai 8
seinen Prozeß in Berlin vor
dem Bundesdisziplinargericht

Mario Berger
Rabenweg 22
6300 Gießen

An den
Herrn Kultusminister
des Landes Hessen
Hans Krollmann
Lindenstr. 5
3500 Kassel

Gießen, den 8.2.1984

Sehr geehrter Herr Krollmann,

aus der Tagespresse habe ich von Ihrer Erklärung am 26.1.1984 im hessischen Landtag zum Thema "Berufsverbote" erfahren. Sie sagten, daß es außer Streit stehe, "daß der DKP angehörende Lehrer keine reale Gefahr sind für diesen Staat und auch nicht für Schulkinder und Eltern". Mit dieser Äußerung wiesen Sie die empörende Forderung der CDU nach Nicht-Verbeamtung des Reinheimer Lehrers und DKP-Stadtverordneten Arno Grieger zurück. Außerdem erklärten Sie, die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei reiche nicht aus, um Zweifel an der Verfassungstreue festzustellen.

Dies ist, wie ich meine, ein wichtiger Schritt auf dem Wege, dem Grundgesetz und der hessischen Verfassung zur Geltung zu verhelfen. Es ist ein erster Schritt, um eine demokratische Gegenposition zur Bonner Rechtskoalition aufzubauen.

Um die Berufsverbotepolitik in Hessen endgültig "auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen" (Koschnick) gehört auch die sofortige Einstellung aller "Altfälle" in den Schuldienst. Ich gehöre selbst zu den vielen Lehrern, denen Sie und die hessische Landesregierung die Ausübung ihres Berufes seit mehr als sechs Jahren verwehren. Weder ein Dienstvergehen während meiner Ausbildung am Studienseminar in Eschwege noch eine einzige gesetzwidrige Handlung konnte mir vorgeworfen werden. Mir wurde der Vorwurf gemacht, Mitglied der DKP zu sein und Hochzeitsglückwünsche von der DKP erhalten zu haben. Dieser Verdacht reichte aus, um den Willen der Eltern zu umgehen, die mich als Lehrer ihrer Kinder behalten wollten. Sie hatten schon vor 6 Jahren erkannt, daß ich "keine reale Gefahr" für sie und ihre Kinder bin, sondern fachlich qualifiziert Unterricht praktizierte, der sich an den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes orientierte.

Ebenso ließen Sie Proteste des GEW-Landesverbandes Hessen, von politischen Organisationen und Parteien aus dem In- und Ausland, u.a. von der sozialdemokratischen PvdA aus den Niederlanden und vom dänischen Komitee gegen Berufsverbote unbeachtet und unbeantwortet.

Mir blieb mit Hilfe meiner Gewerkschaft nur der Weg zu den Gerichten. Am 28. Juni 1984 wird vor dem Landesarbeitsgericht in Frankfurt der Berufsprozeß stattfinden, wenn nicht vorher eine politische Entscheidung der hessischen Landesregierung erfolgt.

Eine effektive Gegenposition zu Bonn kann nur heißen, konsequent den Weg zur Verteidigung und Einhaltung des Grundgesetzes zu verfolgen und alle Berufsverbotebetroffenen einzustellen und zu rehabilitieren. Dies würde auch Ihr Ansehen bei den zahlreichen Mitgliedern und Funktionären Ihrer eigenen Partei, die sich in Appellen und Resolutionen gegen Berufsverbote ausgesprochen haben, stärken.

Ich hoffe, daß mir und allen anderen Betroffenen bald die Ausübung unseres Berufes ermöglicht wird, auch damit das Ansehen unseres Bundeslandes im Ausland wiederhergestellt wird. Ich appelliere an Sie: Machen Sie Hessen berufsverbotefrei!

Mit freundlichen Grüßen

M. Berger
M. Berger

PS.:
Ich erlaube mir, einige Materialien zu dem Berufsverbot gegen mich beizulegen.



Neuer Prozeß im „Fall“ Mario Berger

Seit über 6 Jahren darf er nur davon träumen als Grundschullehrer seinen erlernten Beruf auszuüben. Seit Abschluß seines zweiten Examens gibt die hessische Landesregierung den Scharfmachern der CDU nach: Mario Berger (verheiratet, Vater von zwei Kindern, Mitglied der GEW) erhält Berufsverbot allein wegen Mitgliedschaft in und Hochzeitsglückwünschen von der DKP. Alle "Liberalisierungs"-versuche der hessischen Landesregierung gingen an ihm, wie an Dutzenden anderen Betroffenen spurlos vorbei. Lehrer, die sich im Unterricht für Friedenspolitik einsetzen, werden nicht geduldet. Antikommunismus ist herrschendes Regierungsprinzip in Hessen, abgesichert durch obrigkeitstaatliche Richtersprüche.

Eine Chance für die Rückkehr zu den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes und der hessischen Verfassung in der Regierungspolitik bietet das Verhandlungsergebnis zwischen SPD und Grünen vom 21.12.1983 über eine Zusammenarbeit im Landtag. Die SPD erklärte: "Die Mitgliedschaft und die Wahrnehmung der Rechte aus dieser Mitgliedschaft in einer Partei wird künftig keinem Beamten, Angestellten oder Arbeiter bei der Einstellung entgegengehalten werden". Die Grünen verlangten, daß "Altfälle" positiv geregelt werden.

In seiner Rede auf der Solidaritätsveranstaltung sagte Mario Berger zur aktuellen Situation in Hessen:

"Vorgestern las ich in der Presse, daß der langjährige DKP-Stadtverordnete aus Rheinheim, Arno Grieger, nach vielen Jahren jetzt als Beamter auf Lebenszeit eingestellt werden mußte - trotz einer üblen Hetzkampagne der CDU. Kultusminister Krollmann erklärte dazu vor dem Landtag, daß es "außer Streit stehe, daß der DKP angehörende Lehrer keine reale Gefahr sind... für Schulkinder und Eltern."...

Wir meinen: Dies ist der richtige Weg in die richtige Richtung. Dieser Weg muß von der hessischen Landesregierung besritten werden, bis es kein einziges Berufsverbot mehr gibt.... Bis dahin müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, außerparlamentarisch und im Parlament, damit auch ich endlich meinen Beruf als Lehrer ausüben kann. In diesem Sommer, nämlich am 28. Juni wird das Landesarbeitsgericht in Frankfurt über meinen Fall urteilen. Die Einstellungsentscheidung muß jedoch jetzt in Wiesbaden fallen. Denn Berufsverbote stehen in direkter Verantwortung der hessischen Landesregierung.

Jetzt muß ein demokratisches Gegengewicht zu Bonn geschaffen werden.

Hessen muß berufsverbote- und atomwaffenfrei werden!

Freiheit im Beruf, Demokratie im Betrieb - Weg mit den Berufsverboten!"



Pressestimmen

Uz 8.2.84

Berufsverbote — Angriff auf Gewerkschaften

Solidaritätsveranstaltung mit Mario Berger, Axel Brück und Egon Momberger in Gießen

Von unserem Korrespondenten Michael Huhn

Gegen das Berufsverbot des Gießener Grundschullehrers Mario Berger und den drohenden Rauswurf der beiden Postbeamten Egon Momberger und Axel Brück protestierten am Freitagabend 300 Gießener Bürger, darunter zahlreiche Gewerkschafter sowie internationale Gäste aus Frankreich, Dänemark und den Niederlanden bei einer Solidaritätsveranstaltung in der Gießener Kongreßhalle.

Zu der Veranstaltung, die vom Chor Marburger Gewerkschafter und von Dieter Süverkrüp mit einem begeisterten Kulturprogramm begleitet wurde, hatte das Gießener Berufsverbotskomitee, der DGB Gießen und die Deutsche Postgewerkschaft aufgerufen.

Eckart Spoo, DJU-Vorsitzender und Mitglied des Zentralen Arbeitsausschusses der Initiative „Weg mit den Berufsverböten“, zog in seiner Rede eine Bilanz dieser 12-jährigen undemokratischen Praxis, nannte die Berufsverbote „ein Krebsgeschwür“, das in alle gesellschaftlichen Bereiche hin-

einwuchert und in Wahrheit das zerstört, was mit freiheitlich demokratischer Ordnung gemeint ist. Eine wichtige Lehre des zwölfjährigen Kampfes gegen die Berufsverbote sei es, das gewerkschaftliche Engagement dagegen zu verstärken. Mit Blick auf die Vereinbarungen zwischen SPD und Grünen in Hessen meinte Spoo, man müßte die Chance genutzt werden, das Unrecht der letzten Jahre aufzuheben.

Der Gießener DGB-Kreisvorsitzende Lindemeyer nannte die Berufsverbote einen Angriff auf die Gewerkschaften und zog die Verbin-

dung zur Verteufelung gewerkschaftlichen Engagements. Wenn beispielsweise Gesamt-Metall-Präsident Kirchner den Kampf um die 35-Stunden-Woche als „übergeordneten Notstand“ bezeichne, gehe es um den Erhalt der Interessen der abhängig Beschäftigten insgesamt. Der DGB werde sich deshalb weiterhin auch gegen die Politik der Berufsverbote richten.

„Jetzt muß ein demokratisches Gegengewicht zu Bonn geschaffen werden — Hessen muß berufsverbotefrei und atomwaffenfrei werden!“ rief Mario Berger unter großem Beifall aus. Sein mehr sechsjähriges Berufsverbot müsse am 20. Juni bei einem Prozeß vor dem Landesarbeitsgericht in Frankfurt endgültig fallen. Er fugte hinzu: „Egon Momberger und Axel Brück haben vier Postminister im Amt überlebt — wir müssen dafür

sorgen, daß Schwarz-Schilling nicht der letzte ist.“

Für die größte französische Gewerkschaft, die CGT, erklärte Jacques Tregaro, Leiter der Europaabteilung beim CGT-Vorstand in Paris, seine Gewerkschaft werde in Frankreich dafür sorgen, daß die Berufsverbotspraktiken schonungslos angeprangert werden. Benny Lauerson vom Vorstand der Gewerkschaft Erden und Beton in Kopenhagen rief aus: „Das Unrecht kennt keine Grenzen — deshalb müssen wir, die wir für Frieden und demokratischen Fortschritt kämpfen, solidarisch sein!“

Jules Knepekens von der Holländischen Partei der Arbeit schließlich informierte darüber, daß im Programm seiner Partei zur Europawahl festgeschrieben sei, daß man im Europaparlament die Berufsverbote als Anschlag auf die demokratischen Rechte konsequent bekämpfen werde.

Zur Veranstaltung

Solidaritätskundgebung gegen die Berufsverbote

Gießener Komitee hatte in Kongreßhalle eingeladen

Gießen (mg). Zu einer Solidaritätsveranstaltung gegen Berufsverbote lud am Wochenende das Gießener Komitee gegen Berufsverbote in die Kongreßhalle ein. Neben zahlreichen Rednern aus dem In- und Ausland traten im kulturellen Teil des Abends der Chor Marburger Gewerkschafter und Dieter Süverkrüp auf.

Gegen den Abbau der Demokratie, gegen Überwachung und Bespitzelung wandte sich Eckhardt Spoo, Bundesvorsitzender der DJU, in seinem Einführungsvortrag. Nur die Solidarität und der Wille zur Zusammenarbeit, getragen von einem möglichst breiten politischen Spektrum, könne diesen Entwicklungen entgegenwirken. Vor allem aber gelte es, den von Berufsverböten Betroffenen beizustehen und ihre Situation in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Deshalb also auch diese Veranstaltung, die speziell Solidarität für drei Gießener Berufsverbötbetroffene, die Postangestellten Axel Brück und Egon Momberger und den Lehrer Mario Berger, ausdrücken sollte.

Zwischen den einzelnen Solidaritätsbekundungen wurde vorgeführt, was sich Linksinthellektuelle so unter Arbeiter- und Gewerkschaftskultur vorstellen. Brecht-Zitate durften dabei natürlich nicht fehlen, die Marburger strapazierten sie eifrigst. Auszüge aus Peter Schneiders Buch „Schon bist Du ein Verfassungsfeind“, ein Text von Erich Fried und eine Lesung aus dem Beamtengesetz von 1933 lockerten die oft sehr pathetisch klingenden Gesangseinlagen des Chors auf. Nur dort, wo nicht die kulturelle Mottenkiste bemüht wurde, wie im Verfassungslied oder beim Lied über den öffentlichen Dienst, bekam der Zuhörer eine leise Ahnung davon, wie mit Witz und Originalität politische Aussagen popu-

lär verpackt werden können. Aber natürlich schlägt bei Brecht: „Und weil der Mensch ein Mensch ist...“ so manchem Genossen das Herz immer noch bis zum Halse.

Dieter Süverkrüp bewies erneut, wie gut man von seiner eigenen Legende leben kann. Vom Liedermacherischen her gesehen der kleine Bruder des Franz-Josef Degenhard, kann er doch auch eine beachtliche Anzahl von Hits vorweisen. So erklang die Ballade von Kalle seiner Freundin und das Lied vom Krypto-Kommunisten, der mit seinen Unterwandlerstiefeln brav und pünktlich sein Untertagwerk verrichtet. Jugendarbeitslosigkeit, das schlechte Gewissen der Abgeordneten, die Kunst, ideologiefrei zu leben — Süverkrüp fand für alle diese Themen eine nette, bissige Präsentation. Sein Kunstgriff: Entlarvung politisch-gesellschaftlicher Widersprüche durch Nonsens, durch Persiflage. Damit trifft er meist den Kern der Sache, auf diesem Gebiet kennt er sich aus. Peinlich wird es nur, wenn Rührung aufkommt.

Das Lied vom kleinen Café, in dem ein alter KZ-Häftling seinen Erinnerungen nachgeht, wirkte leicht überanstrengt, von teilweise lächerlichen Metaphern überladen. Gewiß ist, daß dieses Thema immer ankommt, bis der ganze Saal in Tränen schwimmt, es fehlte nur noch der Ohrwurm von den Moorsoldaten, aber die sind ja nicht von Süverkrüp.



Gießener Anzeiger v. 7. 2. 1984

Grussadressen zur

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft



Kreisverband Gießen-Stadt

1. Vorsitzender

JÖRG FEY

63 Gießen-Klein-Linden
Lützellindener Straße 14, Tel. (0641) 229 33

den 03. Februar 1984

An das
Gießener Komitee
gegen Berufsverbote
c/o. Heinz Joachim Nagel
Postfach 11 0868
6300 GIESSEN

GRUSSADRESSE DES KREISVERBANDES GIESSEN-STADT DER
GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT (GEW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zu der Solidaritätsveranstaltung am heutigen Abend sendet Euch der
GEW-Kreisverband Gießen-Stadt die besten Wünsche für ein gutes Gelingen
und solidarische Grüße!

Wir werden weiterhin - gemeinsam mit Euch - gegen die undemokratische
und verfassungswidrige Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik
und in den Bundesländern kämpfen.

Angesichts der restaurativen Tendenzen der gegenwärtigen Bundesregierung
werden wir verstärkt die Unterstützung aller demokratisch gesinnten
Bürger dieses Landes brauchen, um die verfassungsmäßigen Rechte
auf freie politische Betätigung zu schützen und gegen die Berufsverbote
erfolgreich anzukämpfen.

Ganz konkret gilt unsere Solidarität hierbei besonders den Kollegen
MARIO BERGER, AXEL BRÜCK und
EGON MOMBERGER.

Mit solidarischen Grüßen

(Jörg Fey)

Kreisvorsitzender

WIE EIN
BERUFES
VERBOT
FUNKTIONIERT
z.B. bei Hans Müller



Solidaritätsveranstaltung

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Wetzlar



(9. 1. 84)

GEW-Kreisverband · Pariser Gasse 34 · 6330 Wetzlar 1

Komitee gegen Berufsverbote
z.Hd. Herrn Heinz Nagel
Postfach 110868
6300 GIEBEN

Wetzlar, 22.1.1984

Liebe Freunde,

Anlaß Eurer Solidaritätsveranstaltung am 3. Februar ist der seit nunmehr 12 Jahren existierende Beschluß der Ministerpräsidenten der Bundesländer über "Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst".

Dieser Beschluß heißt: 12 Jahre Berufsverbote, 12 Jahre Gesinnungsschnüffelei und 12 Jahre Abbau demokratischer Grundrechte. Nach Untersuchungen der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die Bundesrepublik das einzige westeuropäische Land, in dem der Knüppel der Berufsverbote benutzt wird, um kritische demokratische Proteste abzuwürgen und um einzuschüchtern. Die Entwicklung gerade der letzten Zeit kennt zahlreiche Beispiele, die auf den Versuch weiterer Einschränkungen und Verletzungen demokratischer Grundrechte hinweisen.

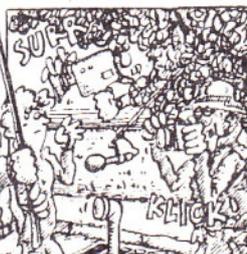
Wir sind der Meinung, daß 12 Jahre Berufsverbote 12 Jahre zuviel sind. Wir begrüßen Eure Veranstaltung, die der verfassungswidrigen Berufsverbotepraxis ein deutliches "Nein" aller Demokraten entgegenzusetzen wird. Wir gewerkschaftlich organisierten Lehrer werden aus Sorge und Verantwortungsgefühl für die demokratische Zukunft unseres Landes die Schnüffelpraxis und die restriktive Auslegung der Rechtslage durch Verwaltung und Gerichte auch weiterhin nicht hinnehmen.

Irmi Maul

(Irmi Maul, Vorsitzende)



1. ENGAGEMENT



2. BESPITZELUNG



3. BEWERBUNG



4. ÜBERPRÜFUNG



5. BERUFSVERBOT!

DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT

ORTSVERWALTUNG FERNMELDEAMT GIESSEN



DPG, OV Fernmeldeamt, Liebigstraße 14-16, 6300 Gießen

An das
Gießener Komitee
gegen Berufsverbote
z.Hdn. Herrn Mario Berger

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Tag

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Anlässlich Eurer Veranstaltung zum 12. Jahrestag des Radikalen-
erlasses sendet Euch die Ortsverwaltung Fernmeldeamt Gießen der
Deutschen Postgewerkschaft solidarische Grüße.

Sich gegen antidemokratische Nachstellungen und Berufsverbote
zu wehren, wird nach dem Regierungsantritt der Bonner Wende-
politiker noch dringender. Dafür gibt es nicht nur bei der Bun-
deswehr, sondern gerade im gewerkschaftlichen Kampf eine Reihe
von Beispielen, die unsere Gewerkschaftsbewegung erheblich ge-
fährden.

Axel Brück und Egon Momberger aus Gießen, Wolfgang Repp und
Karl Elsinger aus Frankfurt/M., Herbert Bastian und Peter Klank
aus Marburg seien als hessische Kollegen, stellvertretend für
bei der Deutschen Bundespost verfolgte Demokraten genannt.

Die Deutsche Postgewerkschaft reagiert hierauf mit eindeutigen
Beschlüssen und vermehrten Aktivitäten gegen diese Angriffe auf
festgeschriebene Grundrechte.

Der 14. Kongress der Deutschen Postgewerkschaft im Herbst 1983 in
Hannover führte zu diesem Thema eine mehrstündige Diskussion,
deren Verlauf eine tiefe Betroffenheit unter den Delegierten aus-
löste. Darauf wurden mehrere Beschlüsse gefasst, in denen es unter
anderem heißt:

" Wir protestieren gegen die fortgesetzte Praxis der Berufsver-
bote und Gesinnungsschnüffeleien Die Bundesregierung
wird aufgefordert, alle diesbezüglichen Disziplinierungsmaßnahmen
und andere Berufsverbotemaßnahmen sofort einzustellen.

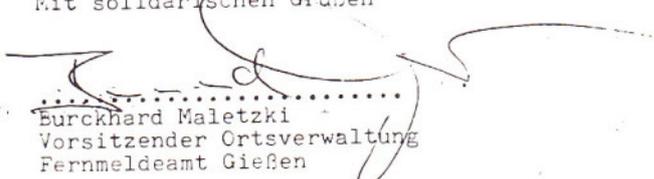
Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gießener Demokraten tragen
die Verantwortung des Kampfes gegen die Berufsverbote für Axel
Brück, Egon Momberger und Mario Berger und leisten damit ihren
Beitrag zur Verteidigung unserer Verfassung. Als Gewerkschaftler
sehen wir den gemeinsamen Kampf aller lohnabhängigen Beschäftigten
gegen profitorientierte Rationalisierungspolitik, Sozialabbau und
weiterer Stationierungen neuer Mittelstreckenraketen.

Wir fordern

- das Recht auf Arbeit
- die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- Frieden und Abrüstung.

Wir wünschen Euch und Euren Gästen eine erfolgreiche Veranstaltung
und uns allen einen positiven Abschluß unseres gemeinsamen Kampfes.

Mit solidarischen Grüßen


Burckhard Maletzki
Vorsitzender Ortsverwaltung
Fernmeldeamt Gießen



An das Komitee
gegen Berufsverbote
Postfach 11 00868

6300 Gießen

OV/Z1

24.1.84

Kundgebung gegen Berufsverbote in Gießen am 3.2.84

Werte Kollegen !

Mit Empörung hat auch der Vorstand der Ortsverwaltung Fernmeldeamt Hanau der DPG von der weiteren Praktizierung der Berufsverbote in Gießen erfahren.

Wir wenden uns ganz entschieden gegen immer neue Versuche, die Beamten allgemein und bei der Post im Besonderen unter politisches Ausnahmerecht zu stellen. Der seinerzeitige sogenannte Radikalenerlaß, den der damalige Bundeskanzler Willi Brandt mit den Ministerpräsidenten der Länder vereinbarte, war ein "echter Sündenfall der SPD". Sie hat damals die Folgen offenbar nicht übersehen und konnte auch kaum voraussehen, daß die reaktionären Elemente unserer Politik davon einen derartigen Gebrauch machen würden. Die Politiker nach der "Großen Wende" nutzen dieses Instrument nun rücksichtslos, um gegen das Grundgesetz zu verstoßen und die Beamten unter Sonderrecht zu stellen. Klappt das bei den Beamten ohne Widerspruch, dann läßt sich dieses Instrumentarium allmählich auf Arbeiter und Angestellte - zunächst des öffentlichen Dienstes - dann aber auch auf solche der sogenannten "freien Wirtschaft" ausdehnen. Wenn die jetzt Regierenden glauben, daß eine Partei - hier die DKP, der wir als OV politisch ablehnend gegenüberstehen - verfassungswidrig sei, dann müssen sie den Gang nach Karlsruhe antreten und die höchste Rechtsprechung abwarten.

Aber das wird offenbar gescheut. So praktiziert man lieber am Grundgesetz vorbei und benutzt den grundgesetzlich nicht abgedeckten Begriff "verfassungsfeindlich".

"Funktioniert" diese Regelung im jetzigen Sinne am Beispiel der DKP, dann läßt sich dieser Kreis allmählich auf andere ausdehnen, etwa Jusos, Grüne, Gewerkschaftler für die 35 Stundenwoche.

Darum sagen wir "Wehret den Anfängen" !

Axel Brück, Egon Momberger und Mario Berger dürfen nicht aus dem Dienst entfernt werden.



DGB

Deutscher Gewerkschaftsbund

Landesbezirk Hessen — Kreis Lahn-Dill

ORTSKARTELL

c/o Kurt Böttner, Büchnerstr. 14, 6305 Buseck-Opp.

An das
Komitee gegen Berufsverbote
Postfach 11 0868
6300 Gießen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Nicht nur der Fall Kießling hat gezeigt, welche Folgen unberechtigte Bespitzelung und Denunziation haben kann. Seit Jahren werden Mitglieder zugelassener Parteien und andere Demokraten in der Bundesrepublik bespitzelt und mit Berufsverböten verfolgt. Keiner hat je deswegen den Rücktritt eines Ministers gefordert, obwohl die Folgen für die Betroffenen weitaus härter waren und sind.

Wir als aktive Gewerkschafter unterstützen die Forderung nach Abschaffung des sog. "Radikalenerlasses". Jeder sollte mindestens die politische Freiheit haben, die ihm das Grundgesetz gewährt.

Immer mehr Gewerkschafter unterstützen die Forderungen der Komitees gegen Berufsverbote. Dies ist ein deutliches Zeichen für die Bewußtseinsänderung innerhalb der Gewerkschaften.

Insbesondere fordern wir die Einstellung der Disziplinarmaßnahmen gegen Axel Brück und Egon Momberger. Wir haben dies bereits in einem Antrag im DGB-Kreis Lahn-Dill formuliert.

Des weiteren fordern wir die Einstellung des Grundschullehrers Mario Berger. Die politische Verfolgung dieser Kollegen muß endlich ein Ende haben.

Mit kollegialen Grüßen

f. d. R.

gez. Kurt Böttner, DPG
Vorsitzender

(Konrad Sakre, GdP)



DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT

DPG Postfach 158 6050 Offenbach am Main

An das
Komitee gegen Berufsverbote
Postfach 11 08 68

6300 Gießen

Ortsverwaltung Offenbach am Main
Postfach 158
6050 Offenbach am Main
Fernruf: (06 11) 80 93-3 71

Postscheckkonto 111130-604 Ffm.

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Offenbach am Main, 24.01.1984

Betreff

Grußadresse an alle Teilnehmer der Solidaritätsveranstaltung
am Freitag, dem 03. Februar 1984 in der Kongreßhalle Gießen

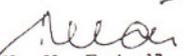
Am 28.01.1984 jährt sich zum zwölften Male der Tag, an dem zwischen
den Ministerpräsidenten der Bundesländer und dem damaligen Bundes-
kanzler der Berufsverbote-Erlaß vereinbart wurde.

Die Ortsverwaltung Offenbach der Deutschen Postgewerkschaft stellt
eine verschärfte verfassungswidrige politische Disziplinierung bei
der Deutschen Bundespost fest. Vom Postminister und vom Bundesdis-
ziplinaranwalt wird eine weitere Prozeßwelle gegen Lebenszeitbeamte
angestrengt. Alte Tatbestände werden erneut gegen den Willen und
ohne Beteiligung der Personalvertretung aufgenommen.

Die Ortsverwaltung Offenbach bekräftigt erneut die Beschlußlage der
Deutschen Postgewerkschaft vom 14. Kongreß und fordert die Bundes-
regierung auf, alle diesbezüglichen Disziplinarverfahren und andere
Berufsverbotsmaßnahmen sofort einzustellen.

Wir wünschen Eurer Solidaritätsveranstaltung am Freitag, dem
03. Februar 1984 einen guten Verlauf und viel Erfolg beim gemein-
samen Kampf "Weg mit den Berufsverboten".

Mit solidarischen Grüßen


K.-H. Friedl
1. Vorsitzender

DEUTSCHE
POSTGEWERKSCHAFT
IM DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUND

Komitee gegen Berufsverbote
Gießen
Postfach 11 08 68
6300 Gießen



ORTSVERWALTUNG
FRANKFURT AM MAIN

Fernruf 222180
Postfach: 110 88-608 Frankfurt/M.

6000 Frankfurt am Main
Fernruf: (069) 222180

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Dem: Euer Schreiben vom 8. Januar 1984

1. Februar 1984

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
von Hexenverbrennung über Sozialistengesetze bis zum Faschismus
steht die Berufsverbots-Praxis in bester Tradition in diesem
Land. Sie ist die konsequente Fortführung der Beschnüffelung und
Verfolgung von Menschen, die es wagen, gegen den Strom zu schwim-
men, keine uniformierte Meinung zu haben und
Gang zu praktizieren.

In der Geschichte so auch heute sind die Verfolgten meist Menschen,
die sich für die Belange der Schwächsten und Ärmsten einsetzen.
So haben auch die Verfolger heute die gleiche Geisteshaltung wie
damals.

Diese Geisteshaltung zu bekämpfen ist Euer und unser Kampf.
Deshalb wünschen wir Euch für Eure Veranstaltung viel Erfolg und
senden den Verfolgten Axel Bück, Egon Momberger und Mario Berger
unsere solidarischen Grüße.

gez. Fredy Althaus
Vorsitzender

26.1.84

Kreisbeamtenausschuß
des DGB Kreises Frankfurt

Frankfurt, den 24.1.84

W. Leuschner Str. 67
6000 Frankfurt 1
Vors. Kurt Maß

An das Komitee
gegen Berufsverbote
Postfach 11 0868
6300 Gießen

Grußadresse zu Eurer Veranstaltung am 3.2.84 in Gießen

Werte Kolleginnen und Kollegen !

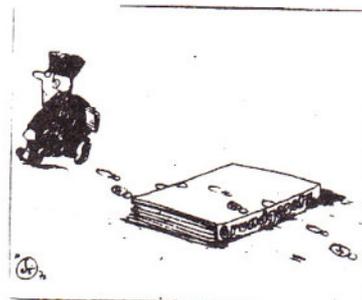
Mit Empörung nimmt der KBA des DGB Kreises Frankfurt, der die Interessen von etwa 18 000 gewerkschaftlich organisierten Beamten im Kreisgebiet vertritt, von den nicht abreißen Versuchen Kenntnis, Beamte mehr und mehr von den freiheitlichen Rechten des Grundgesetzes abzukapseln.

Die Praxis der Berufsverbote - ein Wort das mittlerweile international unübersetzt in den jeweiligen Sprachgebrauch als typisch deutsch Eingang gefunden hat - ist Beweis dafür, daß mit der "großen Wende" konservative und reaktionäre Elemente immer mehr Einfluß gewinnen. Nach dem Grundgesetz gibt es nur den Begriff der Verfassungswidrigkeit, den hat aber auf Antrag das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden. Der von den jetzt amtierenden Politikern verwendete Begriff der "Verfassungsfeindlichkeit" ist vom Grundgesetz nicht abgedeckt. Er dient - unter Umgehung des Grundgesetzes - als Mittel "sehr praktischer Politik" zur Ausschaltung mißliebiger Gruppen. Eine Ausweitung dieser Praxis - über die DKP hinaus - etwa auf linke Sozialdemokraten oder hart für die 35 Stundenwoche eintretende Gewerkschaftler ist leider möglich.

Die Praxis der Berufsverbote schadet zudem dem deutschen Ansehen in der Welt. Große Demokratien wie Frankreich und Italien, mit sehr starken kommunistischen Parteien funktionieren einwandfrei, die deutsche Hysterie wirkt auf diese Länder lächerlich.

Es gilt den Anfängen zu wahren, Die Zugehörigkeit zu einer legalen, bei Wahlen auftretenden Partei, kann kein Grund für die Entfernung aus dem Dienst sein. Axel Brück, Egon Momberger und Mario Berger müssen im Dienst bleiben.

Mit Frdl. Gruß . Kurt Maß Vors. des KBA im DGB Kreis FFm



SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG

DIE INITIATIVE "POSTLER FÜR DEN FRIEDEN" SOLIDARISIERT SICH MIT DEN VON BERUFSVERBOT BETROFFENEN POSTLERN UND ALLEN ANDEREN BERUFSVERBOTSOPFERN.

WIR SCHÄTZEN EUEREN KAMPF GEGEN DIE BERUFSVERBOTE UND FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER DEMOKRATISCHEN RECHTE IN UNSEREM LAND.

WIR WISSEN, DASS DIE

'VERSCHÄRFUNG DER BERUFSVERBOTE

'DIE ATTACKEN AUF DEMOKRATISCHE RECHTE

'DER SOZIALE KAHLSCHLAG

'DER VERSCHÄRFTE RÜSTUNGS-UND RAKETENKURS

'UND DIE STATIONIERUNG VON NEUEN US-RAKETEN

EINE HANDSCHRIFT TRAGEN. - NÄMLICH DIE DES GROßEN KAPITALS
UND IHRER HELFERSHELFER .

NICHT ZULETZT MACHT DIE WACHSENDE FRIEDENSBEWEGUNG DIE RAKETEN'-
STATIONIERER UND BERUFSVERBIETER NERVÖS. UM IHR ZIEL DIE
STATIONIERUNG NEUER US-RAKETEN IN DER BUNDESREPUBLIK DURCHZUSETZEN
SIND SIE ZUM GROßANGRIFF AUF DIE DEMOKRATISCHEN KRÄFTE ANGETRETEN
DIES ZEIGT SICH IN DER VERSCHÄRFUNG DER BERUFSVERBOTE UND DER
KRIMINALISIERUNG DER FRIEDENSBEWEGUNG.
DESHALB IST EUER KAMPF AUCH UNSER KAMPF!

WIR BRAUCHEN KEINE BERUFSVERBOTE UND ATOMRAKETEN

WIR BRAUCHEN DEMOKRATIE, FRIEDEN, ABRÜSTUNG, UND ARBEITSPLÄTZE



Gießen, 30.01.1984

Friedensinitiative Gießen-Süd



per Adresse
"Das Geschenklädchen"
Frankfurter Str. 24

6300 Gießen

Die Mitglieder der Friedensinitiative Süd in Gießen möchten anlässlich der Berufsverboteveranstaltung am 3. Februar 1984 ihre Solidarität zum Ausdruck bringen mit den betroffenen Berufsverboteopfern Axel Brück, Marion Berger und Egon Momberger. Wir wünschen der Veranstaltung einen vollen Erfolg.

lin de

Lersnerstraße 13
6000 Frankfurt/Main
Telefon (0611) 55 86 27

1. Februar 1984

An das
Komitee gegen Berufsverbote Gießen
Postfach 11 0868
6300 G i e ß e n 2

Liebe, verehrte Freunde !

Zu Eurer Solidaritätsveranstaltung am 3.2. aus Anlaß der 12-jährigen Wiederkehr des unseligen Berufsverbote-Erlasses vom 28. Januar 1972 übermitteln wir Euch und den Teilnehmern an Eurer Veranstaltung unsere herzlichen und freundschaftlichen Grüße und hoffen, daß diese den Zuspruch erfährt, den sie verdient.

Insbesondere bekunden wir den drei Gießener Freunden, die vom Berufsverbot betroffen und bedroht sind, unsere standhafte und Fortdauernde Solidarität.

Wir wünschen ihnen und Eurem Komitee, wie der gesamten Bewegung gegen Berufsverbote, allen Erfolg im Kampf für Freiheit im Beruf und für Demokratie in den Betrieben. Weg mit den Berufsverboten !

Die aktuelle politische Situation, wesentlich mitverursacht durch die sogenannte Wende in der Bundesrepublik, ist gekennzeichnet durch den Kurs auf Aufrüstung, Sozialabbau und Entdemokratisierung der gesellschaftlichen Strukturen.

In allen genannten Bereichen ist ein hartnäckiger, entschiedener und entschlossener Widerstand in der größtmöglichen Breite notwendig (im ursprünglichen Sinn dieses Wortes !). Sie alle stehen dabei in engstem Zusammenhang und unmittelbarer Wechselwirkung.

Die restaurativen und reaktionären politischen und wirtschaftlichen Kräfte in unserem Land wittern Morgenluft und sehen die Chance gekommen, einen Staat nach ihrem Geschmack zu zimmern.

Wir werden nur eine Chance haben, dies zu verhindern, wenn wir jeder an seinem Platz das erforderliche tun - und dabei nicht die Gemeinsamkeiten unseres Abwehrkampfes übersehen oder vernachlässigen !

Friedensbewegung, Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, demokratische Bewegung - sie sind gleich wichtige Pfeiler, die das Dach unseres Hauses vor dem Einsturz bewahren können. Die Stärke oder die Schwäche des einen stärkt, oder schwächt auch die anderen.

In diesem Sinne : Gemeinsam vorwärts zu einem sozial gerechten, demokratisch stabilen und friedlichen Gemeinwesen Bundesrepublik !

Wie immer an Eurer Seite, grüßen wir Euch alle in aufrichtiger Verbundenheit

Euer

Landesvorstand der DFU Hessen

i. A. *Willy von Dreyer*

Postscheckkonto Frankfurt/Main 31 502-603



VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES

— BUND DER ANTIFASCHISTEN —

Kreisvereinigung Giessen

Lutz Langmack, Arnerouer Weg 28, 6300 Giessen

Berufsverbotekommittee
Giessen

Liebe Freunde,

12 Jahre Berufsverbote bedeuten eine Schande für diesen Staat, der keine Gelegenheit ausläßt, sich als demokratisch und freiheitlich zu bezeichnen. Trotz gegenseitiger Betauerung werden die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung, auf die Freiheit der politischen Betätigung mit Füßen getreten, wird die Hetze gegen Kommunisten, linke Sozialdemokraten, Antifaschisten und Mitglieder der Friedensbewegung noch verstärkt.

Wenn auch die Demokraten, die Berufsverbotegegner in einigen Prozessen Teilerfolge erzielen konnten, hat sich an der demokratieverhöhenden Praxis der Berufsverbote nichts grundlegendes geändert; die Giessener Beispiele Marius Berger, Axel Bruck und Egon Momberger führen uns dies permanent vor Augen.

Wir, die VVA-Bund der Antifaschisten, sehen die deutlichen Parallelen zur Zeit des Faschismus, in der Berufsverbote der erste, die Ermordung politischer Gegner in den Konzentrationslagern der letzte Schritt waren. Wenn es auch falsch wäre, die BRD als faschistischen oder faschistoiden Staat zu bezeichnen, so verurteilen wir dennoch die Berufsverbotepraxis auf das Entschiedenste. Wir halten es für dringend erforderlich, auch mit Veranstaltungen wie der heutigen, die ständige Verletzung der Verfassung im Bewußtsein der Bevölkerung wachzuhalten und auch uns selbst immer wieder daran zu erinnern, daß neben dem Kampf um Frieden der Kampf gegen Berufsverbote zu den voruzinglichsten politischen Aufgaben aller Demokraten gehört.

Wir erklären den Giessener Berufsverboteopfern sowie allen anderen Betroffenen unsere volle Solidarität und Unterstützung und wünschen der Veranstaltung einen guten Verlauf.

Mit antifaschistischen Grüßen
VVA-BUND DER ANTIFASCHISTEN
Kreisvereinigung Giessen

(Lutz Langmack)
Kreisvorsitzender

An das
Komitee gegen Berufsverbote
Gießen

6330 Wetzlar-Garbenheim, den 31.1.84

GRUSSADRESSE

Liebe Freunde!

Im Namen der Kommunisten des Lahn-Dill-Kreises übersendet Euch der DKP-Kreisvorstand solidarische Grüße und die besten Wünsche für einen guten Verlauf Eurer Solidaritätsveranstaltung. Wir sind mit Euch der Überzeugung, daß 12 Jahre Berufsverbote wirklich genug sind, daß sie das geistige Klima auf unerträgliche Weise vergiftet haben, daß sie dem Ansehen der BRD im Ausland schweren Schaden zugefügt haben. Aber sie haben nicht erreicht, daß das Duckmäusertum zur Massenbewegung geworden ist. Heute sind mehr Menschen bereit, für ihre Rechte einzutreten, als das im Jahr 1972 der Fall war. Massendemonstrationen, Blockaden, Fabrikbesetzungen und viele andere Aktionen belegen das eindeutig. Wir sind der festen Überzeugung und werden alles daransetzen, daß das Jahr 1983 in der Geschichte der BRD keine Ausnahme bleibt. Wenn die demokratische Bewegung in ihrer Vielfalt vereint handelt, wird es ihr gelingen, den Raketenpolitikern, Arbeitsplatzvernichtern, Kahlschligern im sozialen Bereich und nicht zuletzt den Berufsverbietern das Handwerk zu legen. In diesem Sinne wünschen wir Euch - und damit auch uns - in Eurem weiteren Kampf viel Erfolg!!!

Für den Kreisvorstand

W. Schäfer

Deutsche Kommunistische Partei
- Grundeinheit West -
Frankfurter Straße 59
6300 G i e s s e n

Solidaritätsadresse der Wohngebietsgruppe West der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen zur Solidaritätsveranstaltung: "Zum 12. Jahrestag des Ministerpräsidentenerlasses: Kein Berufsverbot für Mario Berger, Axel Brück und Egon Momberger"

Gießen, den 3.2.84



Liebe Freunde!

Die Grundeinheit West der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen sendet Euch die besten solidarischen Grüße und wünscht Eurer Veranstaltung einen kämpferischen Verlauf.

Sorgen wir alle gemeinsam dafür, die gewachsene Kraft im Kampf um die Erhaltung demokratischer Rechte - wie sie in den Auseinandersetzungen um die Volkszählung sichtbar geworden ist - dazu einzusetzen, die schändliche Praxis der Berufsverbote zu Fall zu bringen.

Ob Hessen ein Gegengewicht zur Rechtsregierung in Bonn ist, wird nicht zuletzt in der Frage der Berufsverbote ablesbar sein.

Kämpfen wird gemeinsam für die Einstellung aller Berufsverbote - Opfer ohne wenn und aber und für die Beendigung aller Disziplinarmaßnahmen und der Bespitzelung.

Mit solidarischem Gruß
für den Vorstand

Ulla Bommersfeld

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde

Die Wohngebietsgruppe Mitte/Ost in der Kreisorganisation Gießen der Deutschen Kommunistischen Partei übersendet Euch, den Veranstaltern und Teilnehmern der Solidaritätsveranstaltung gegen Berufsverbote herzliche und solidarische Grüße.

12 Jahre Berufsverbot in der Bundesrepublik - das sind mehrere hunderttausende Überprüfungen von Demokraten, tausende von Berufsverboten gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose,

12 Jahre Berufsverbote- das sind 12 Jahre Einschränkung demokratischer Rechte in vielen Bereichen: Rausschmisse von aktiven Gewerkschaftern, Angriffe auf Mitbestimmungsrechte, Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit, Diskriminierungsversuche der Friedensbewegung sind nur einige Beispiele. Zwölf Jahre Berufsverbote bedeuten auch zwölf Jahre demokratische Bewegung gegen den Abbau demokratischer Rechte. Diese breite Protestbewegung, wirksam unterstützt durch den internationalen Protest, ist ein politischer Faktor. Durch sie konnte das Berufsverbot gegen den Fernmeldetechniker Hans Meister zurückgewiesen werden, durch die Protestbewegung sind Egon Momberger und Axel Brück noch an ihrer Arbeitsstelle beim Fernmeldeamt und wir sind sicher, daß die demokratische Bewegung auch Mario Berger nach über sechs Jahren Berufsverbot zu einem Arbeitsplatz an einer Schule verhelfen wird.

Wir wünschen, daß durch die Veranstaltung die Zahl der Berufsverbotegegner und der Kämpfer gegen den Verfassungsbruch anwächst.

Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, daß die Berufsverbote und -androhungen gegen Mario Berger, Axel Brück und Egon Momberger zurückgenommen werden.

Schluß mit der Gesinnungsausforschung und rechtswidrigen Respektierung!

Freiheit im Beruf-Demokratie im Betrieb!
Weg mit den Berufsverboten.



Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen!

Der marxistische StudentInnenrat Spartakus schließt sich mit Euren Forderungen nach sofortiger Beendigung der unmensentlichen und undemokratischen Praxis der Berufsverbote in der BRD solidarisch!

Neben Bafög-Dürrensen, Prüfungsverstärkungen und allgemeinen Angriffen auf die Studienbedingungen ist es auch die Drohung mit Berufsverboten die über fortschrittlichen Studenten und Wissenschaftlern schwebt. Aber gerade in diesem 'Friedens'-Semester hat sich die StudentInnenbewegung als ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Kraft in der BRD erwiesen. Und gerade der MSB-Spartakus wird auch weiterhin für die Forderung 'Weg mit den Berufsverboten' an der Arbeit sein!

Für die StudentInnen
Michael Momberger

Michael Momberger
Mitglied des Bundesvorstands
des MSB-Spartakus

Die GRÜNEN Gießen
Plockstr. 14
63 Gießen

Gießen, 18.1.Orwell



Lieber Mario !

Mit Entsetzen las ich die Dokumentation über Deinen Leidensweg. Auch nach intensiverer politischer Tätigkeit ist man doch immer wieder überrascht, was sich so um einen herum abspielt. Dein Beispiel zeigt mir einmal mehr, daß immer noch viel zu viele von uns auf ihren Hintern sitzen und Maulaffen feilhalten, solange bis Sie zur Schlachtbank geführt werden. Wenn man dies alles liest, erscheinen einem aber auch die Verhandlungen der GRÜNEN mit derspd in einem anderen Licht, und es bleibt zu hoffen, daß wir auf diese Art und Weise vielleicht doch mehr erreichen, als wenn wir außen vor geblieben wären. Hoffentlich schließt sich dieser Abgrund aus Lüge, 'Gemeinheit und Schleimerei bald - ich denke jeder kann seinen Teil dazu beitragen. Ich wünsche Dir und uns allen, daß diese Praxis der Lebensruinierung bald ein Ende hat, vielleicht gerade hier in einem GRÜNroten Hessen ?

Mit solidarischen Grüßen
für den Vorstand der GRÜNEN Gießen

Ulrich Chilian,
Ulrich Chilian

JEF JUNGE EUROPAISCHE FÖDERALISTEN

REGIONALE SEKTION DER INTERNATIONALEN JUNGEN EUROPÄISCHEN FÖDERALISTEN
JEUNÈS EUROPÉENNE FÉDÉRALISTE EUROPÄISCHE BEWEGUNG MOVIMENTO EUROPEO
YOUNG EUROPEAN FEDERALISTS EUROPEAN MOVEMENT

An das Landesverband Hessen e.V.
Komitee gegen Berufsverbote Cornthwallstraße 5
Postfach 11 0469 6300 Gießen-Neudorf
6300 Gießen Tel.: 0147/7500

NR ZEICHEN NR SCHREIBEN VOM UNSER ZEICHEN DATUM 18.1.74

Betreff: Grußadresse

Seit Jahren setzen sich die Jungen Europäischen Föderalisten dafür ein, daß endlich die Bespitzelung von Demokraten in der Bundesrepublik eingestellt wird. Gerade im Jahr 1974, in dem am 17. Juni die Wahlen zum europäischen Parlament stattfinden, haben sich die Jungen Europäischen Föderalisten das Motto gegeben:

"Europa im Orwell-Jahr"

Soll das alles wahr werden, was George Orwell vorausgesagt hat oder ist es bereits schlimmer?

Wir fordern alle Demokraten und demokratische Organisationen auf, sich aktiv gegen die Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik zur Wehr zu setzen.

Wir begrüßen die Arbeit der Berufsverbotekomitees und hier auch speziell die Arbeit des Komitees in Gießen. Wir hoffen, daß die Zahl derer, die sich zur Wehr setzen wollen, immer größer werden wird.

Mit solidarischen Grüßen

i. A.
Junge Europäische Föderalisten
Landesverband Hessen e.V.
(Konrad Sarge)
stv. Landesvorsitzender

1 Trost bleibt uns:



Grußadresse zur Solidaritätsveranstaltung gegen Berufsverbote

Die Demokratischen Sozialisten fordern die Beseitigung der Berufsverbote und politisch bedingten Disziplinarverfahren, Wiedereinstellung der durch Berufsverbote erlittenen Schäden, Wiedereinstellung der von Berufsverboten Betroffenen in ihre früheren Dienststellen bzw. Übernahme der aus politischen Gründen abgelehnten Bewerber in das Beamtinnen- und Angestelltenverhältnis sowie die Beseitigung der Überprüfungspraxis.

Die Ortsgruppe Gießen der Demokratischen Sozialisten solidarisiert sich mit den von Berufsverboten Betroffenen, besonders mit den im heimischen Raum bekanntgewordenen Fällen, nämlich mit Mario Berger, Axel Brück und Egon Lorberger.

Für die Ortsgruppe der
Demokratischen Sozialisten

Tele Renke



Jungsozialisten in der SPD

Unterbezirk Gießen

Aufweg 5
6300 Gießen

An das
Komitee gegen Berufsverbote
6300 Gießen

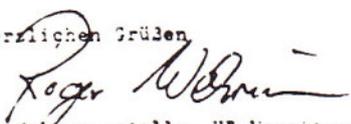
J U N G S O Z I A L I S T E N

Die Jungsozialisten im Unterbezirk Gießen unterstützen die Arbeit Eures Komitees und solidarisieren sich mit denen, die von der noch immer herrschenden Praxis der behördlichen Desinanspruchnahme betroffen sind. Das gilt insbesondere auch für die in Gießen von Berufsverboten Bedrohten, den Grundschullehrer Mario Berger und die Postbediensteten Axel Brück und Egon Lorberger.

Wir fordern zusammen mit Euch die politisch Verantwortlichen auf, endlich - nach nunmehr zwölf Jahren - den demokratisch garantierten Freiheitsrechten in der Bundesrepublik Geltung zu verschaffen.

Euer Veranstaltungsthemata "Stoppt den Abbau der Demokratie" ist angesichts der politischen Entwicklung in Bonn aktueller denn je.

Mit herzlichen Grüßen


(Roger Lehmann, stellv. UB-Vorsitzender)



CONFÉDÉRATION SYNDICALE MONDIALE DU TRAVAIL



263, RUE DE PARIS 93516 MONTREUIL CEDEX

TÉL. 851.80.00

Adresse Télégr. : CONFEDOC-PARIS
Compte Chèque Postal PARIS 62-84



An die Kollegen des
Giessenen Komitees
gegen Berufsverbote.

07.02.1984

Liebe Kollegen,

Sofort nach unserer Rückfahrt nach Frankreich, möchten wir,
Ann und ich, uns noch mal für Eueren sympathischen Empfang
und für die fruchtbare Diskussionen bedanken.

Wir haben die freundliche Atmosphäre unseres Treffens und die
besondere Aufmerksamkeit von Euch und von zahlreichen Freunden
der BRD hoch geschätzt.

Wir möchten Euch noch einmal unsere Solidarität für eueren
ausdauernden Kampf für die Verteidigung der Freiheiten und
der Demokratie aussprechen.

Wir bitten Euch unsere brüderlichen Grüsse und unsere Solidarität
an die Opfer der Berufsverbote zu übermitteln. Wir behalten von
unserem Aufenthalt die freundschaftlichste Erinnerung und hoffen,
dass wir uns, in Paris oder in der BRD, wiedersehen werden.

Mit brüderlichen Grüssen,

Jacques Tregaro
Jacques Tregaro.

Leiter der Europa Abteilung.